

Aus wirtschaftlicher Vernunft und sozialer Verantwortung

OWUS-Dachverband

Sozialcharta für Solo-Selbständige und Kleinunternehmer

Mindesthonorar

Als DIE LINKE und auch OWUS das erste Mal ein Mindesthonorar für Solo-Selbständige ins Gespräch brachten, gab es Zweifel an Sinnhaftigkeit und Umsetzbarkeit. Jetzt stellte die gewerkschaftsnahe Hans-Böckler-Stiftung den Entwurf eines "Gesetzes über Mindestentgeltbedingungen für Selbständige ohne Arbeitnehmer (Solo-Selbständige)" vor. Erarbeitet wurde dieser Entwurf bereits im März vom Hugo Sinzheimer Institut für Arbeitsrecht (HSI) in Frankfurt/Main, das unter dem Dach der HBS arbeits- und sozialrechtliche Forschung betreibt. Das HSI schlägt vor, das Mindestlohngesetz um einen Teil 2 „Mindestentgelt für Solo-Selbständige“ zu ergänzen. Das ist lobenswert, aber der § 26 zur Höhe dieses Mindestentgeltes hat es dann in sich:

„(1) Die Höhe des Mindestentgelts je Zeitstunde entspricht der jeweils geltenden Höhe des allgemeinen Mindestlohns nach § 1 Absatz 2 zuzüglich eines pauschalen Sozialversicherungszuschlags in Höhe von 25 %.

(2) Im Streitfall wird vermutet, dass der von den nach § 25 Anspruchsberechtigten dargelegte und auf objektiv nachvollziehbaren Angaben beruhende zeitliche Umfang der Tätigkeit zutreffend ist, es sei denn der Auftraggeber kann einen abweichenden Umfang darlegen und beweisen. Im Zweifel gilt eine angemessene Dauer als vereinbart.“

Dieser Vorschlag ignoriert anscheinend den in den letzten Jahren erreichten Stand der Diskussion um dieses Thema. Der Protest von Vertretern der GEW sowie der Bundeskommission Selbständige bei ver.di. u.a. von Linda Guzzetti <https://sprachlehrbeauftragte.wordpress.com/> und auch von OWUS ist da nur verständlich. Clickworker, Lehrbeauftragte an Hochschulen, Lehrer an VHS und Künstler, Freie Mitarbeiter bei den Medien, Solo-Selbständige mit und ohne akademische Ausbildung usw. werden in einen Topf geworfen und sollen mindestens

8,84 € pro Stunde erhalten, zzgl. SV-Pauschale wären dies 11,05 € brutto. Und was soll ein „*objektiv nachvollziehbarer ... zeitlicher Umfang der Tätigkeit*“ sein?

Die ver.di-Bundeskommision Selbstständige (BKS) hat im Juni 2018 zu dem Thema Mindesthonorare folgende Position bezogen:

- eine generelle Untergrenze der Vergütung für alle Formen der selbstständigen Tätigkeit ist kein praktisch umsetzbares Schutzsystem,
- branchenspezifische Mindesthonorare sind sinnvoll und können auch per Gesetz oder Verordnung durchgesetzt werden.

Diese Position deckt sich mit den Auffassungen von OWUS und wurde auch auf unserer Konferenz im März thematisiert. Wir werden deshalb dem HSI unsere Stellungnahme zu diesem „Gesetz“entwurf im Oktober übermitteln.

https://www.boeckler.de/115675_115680.htm

https://www.hugo-sinzheimer-institut.de/fileadmin/user_data_hsi/Veroeffentlichungen/Working_Paper/12_2018/HSI-Working-Paper_Nr._12.pdf

Zu diesem Thema siehe auch Prof. Dr. Frank Bayreuther „Sicherung der Leistungsbedingungen von (Solo-)Selbständigen, Crowdworkern und anderen Plattformbeschäftigten“, hrsg. als Band 26 der HSI-Schriftenreihe

https://www.hugo-sinzheimer-institut.de/fileadmin/user_data_hsi/Veroeffentlichungen/HSI_Schriftenreihe/Bayreuther_Band26.pdf

Auftaktkonferenz „Zukunftsdialog Neue Arbeit. Neue Sicherheit.“

Am 10. September fand in Berlin diese Auftaktkonferenz des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales statt, zu der auch OWUS eingeladen war. In der Dialoginsel (Workshop) zur Sozialen Sicherheit ging es um die Situation der Solo-Selbständigen. Den anwesenden Vertretern des Ministeriums wurden unsere Forderungen in die Blöcke diktiert: Abschaffung der Ungleichbehandlung in der KV und Verbesserung der Einkommenssituation durch branchenbezogene Mindesthonorare. Gefordert wurden faire Rahmenbedingungen, damit vor allem auch junge Menschen freiwillig und mit Begeisterung diese Form der Erwerbstätigkeit wählen können. Transparenz bei den Statusfeststellungsverfahren mit Gewährleistung von entsprechender Rechtssicherheit sowie bezahlbare Einbeziehung in die gesetzlichen Sozialsysteme waren weitere Themen.

Im Unterschied zu einer ähnlichen Veranstaltung des BMAS im vorigen Jahr wurde in der Dialoginsel die Verbesserung der Einkommenssituation mit in den Vordergrund gestellt. Hervorgehoben wurde von den Teilnehmern die Verantwortung der Auftraggeber und dabei ganz besonders der aus dem öffentlichen Bereich, die bei einer Standardsetzung vorangehen müssen. Mit dem Entwurf des neuen Qualifizierungschancengesetzes wurde das BMAS dieser Verantwortung jedoch nicht gerecht (siehe unten den Beitrag dazu).

<https://www.bmas.de/DE/Schwerpunkte/Zukunftsdialog/auftaktkonferenz-zukunftsdialog.html>

Mindestbeitragsbemessungsgrenze

Die Gesetzliche Krankenversicherung (GKV) muss nach Ansicht der Bundestagsfraktion DIE LINKE gerechter finanziert werden. Die von der Bundesregierung im Entwurf für ein Versichertenentlastungsgesetz vorgesehenen Änderungen (u. a. paritätische Beitragsfinanzierung und die Absenkung der Mindestbeiträge für Selbstständige) enthalten zwar richtige Vorschläge, die Änderungen blieben jedoch weit hinter dem zurück, was unkompliziert geregelt werden könnte. In einem Antrag fordert die Linksfraktion u. a. die Zusatzbeiträge ganz abzuschaffen und die Mindestbemessung aller freiwillig Versicherten auf 450 Euro zu reduzieren, statt sie nur für Selbstständige auf rund 1.140 Euro zu verringern. Das fordert auch OWUS. Nötig sei auch ein Schuldenschnitt der bisher von Mindestbemessungsgrenzen Betroffenen.

<http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/19/042/1904244.pdf>

Quelle: hib - heute im bundestag Nr. 661 vom 13.09.2018

Nun auch die FDP - in einen Antrag an den Bundestag fordert die Fraktion u. a., *"einen Gesetzentwurf vorzulegen, wonach die Mindestbeitragsbemessungsgrenze für hauptberuflich selbstständig Tätige nach § 240 Abs. 4 des Fünften Buches Sozialgesetzbuch (SGB V) auf die Geringfügigkeitsgrenze (in Höhe von derzeit 450,00 Euro) abgesenkt wird;"*

<http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/19/043/1904320.pdf>

Quelle: hib - heute im bundestag Nr. 671 vom 18.09.2018

Rentenversicherung für Selbständige

Dazu fand vor kurzem ein Fachgespräch der CDU-Bundestagsfraktion statt, zu dem OWUS nicht eingeladen war. Eine Stellungnahme zu diesem Treffen wurde auf dem Blog der Bundeskonferenz der Sprachlehrbeauftragten veröffentlicht.

<https://sprachlehrbeauftragte.wordpress.com/2018/09/23/fachgespraech-der-cdu-bundestagsfraktion-zur-rentenversicherung-fuer-selbststaendigen/>

„KSK-Modell“ für den ländlichen Raum?

Am 24. September fand in Berlin eine Konferenz zum Thema „Eine nachhaltige und lebenswerte Zukunft für alle schaffen – Auf dem Land und in der Stadt“. Neben kritischen Einschätzungen zur Lage in den Dörfern und Gemeinden („Entmündigung durch Gebietsreformen von oben“) gab es auch einen interessanten Vorschlag aus dem Publikum. Eine selbständige Dozentin an der Freien Universität regte an, die Kleingewerbetreibenden auf dem Land durch ein an die Künstlersozialkasse angelehntes Modell zu unterstützen. Sie sind es, die auf dem Dorf Arbeitsplätze schaffen und dann mitunter ihre eigene soziale Absicherung nicht finanzieren können.

Wir werden Kontakt aufnehmen, um näheres über diesen Vorschlag zu erfahren.

Aus den Landesverbänden

OWUS Berlin-Brandenburg

GWÖ-Neubilanzierung

Wie in unserem Newsletter 07/2018 vermeldet, strebten unsere Mitgliedsunternehmen CORONA Bürotechnik GmbH (Uwe Zimmermann) sowie GefAA TELECONSULT UG (haftungsbeschränkt) (Heinz Weißhuhn) eine abermalige Gemeinwohlzertifizierung an. Für letzteres liegen Bericht und das Testat, mit dem dessen Auditierung bestätigt wird, inzwischen vor und sind auf der Unternehmenswebsite veröffentlicht.

<http://www.gefaa.com/GTC-GWOE-Bericht-2018mitTestat.pdf>

Zwischen dem 20. Februar und 30. Mai 2018 fanden dazu im Rahmen eines Peer-to-Peer-Prozesses fünf jeweils halbtägige Präsenzveranstaltungen statt, an denen mit Johanna Paul eine zertifizierte GWÖ-Coachin und neben unseren beiden Mitgliedsunternehmen noch drei weitere „Wiederholungstäter“ beteiligt waren: abitare Tischlerei GmbH, BTE – Tourismus- und Regionalberatung

Partnerschaftsgesellschaft mbB sowie die Zahnarztpraxis am Kreuzberg. Nebenbei bemerkt: Ein Blick auf den GWÖ-Bericht der Zahnarztpraxis sei hier dringend empfohlen!

<https://www.zahnarztpraxis-am-kreuzberg.de/ueber-uns/qualitaet/gemeinwohl-bericht.html>

Diese besondere Möglichkeit für einen tieferen Blick über den Tellerrand der jeweils eigenen Unternehmenstätigkeit, wie sie die Auseinandersetzung mit der Materie im Rahmen einer beratend begleiteten Peergroup bietet, kam dem Anliegen aller Beteiligten sehr entgegen. Der damit verbundene Erfahrungsgewinn relativiert die recht hohe zusätzliche Arbeitsbelastung, die unweigerlich mit Berichtserstellung und Auditierung verbunden ist.

Damit haben auch im laufenden Jahr wieder OWUS- Mitgliedsunternehmen *Flagge gezeigt* und einen Beitrag zur Stärkung des Gemeinwohlgedankens geleistet.

Heinz Weißhuhn

Glückwunsch zum 10. Geburtstag!

Unser Mitglied, der **Bildungsverein am Kreuzpfuhl e. V.** aus Berlin-Weißensee, (<https://www.bv-kreuzpfuhl.de/>) begeht dieser Tage seinen 10. Jahrestag der Gründung. Dazu unseren herzlichen Glückwunsch und auf weitere erfolgreiche Arbeit. Dass in unserem Lande Bildung auch auf politischem Gebiet dringend erforderlich ist, bestreitet niemand. Und dass Bildung auch durch den Magen gehen kann, beweisen unsere Freunde bei vielen Veranstaltungen, die sie kulinarisch betreuen.

Eine endlose Geschichte – DIE LINKE und Wirtschaftspolitik

Zu diesem Thema haben wir uns in den letzten Jahren desöfteren geäußert. Jetzt informierte uns Dr. Frank Thiel, Mitglied des OWUS-Landesverbandes Sachsen-Anhalt und bis vor kurzem einer der Sprecher der linken BAG Wirtschaftspolitik, über einen neuen Höhepunkt. Frank war lange Jahre wirtschaftspolitischer Sprecher der Linksfraktion in Magdeburg und Koordinator der regelmäßigen Beratungen der wipo-Sprecher aus Bundestags- und Landtagsfraktionen. OWUS nahm an diesen Beratungen als ständiger Gast teil.

Zum Hintergrund – die BAG hatte in Vorbereitung auf den Leipziger Parteitag (Juni 2018) nach intensiver Diskussion einen Antrag „Solidarisch leben und wirtschaften – sozial-ökologischen Umbau vorantreiben!“ (Antrag G23) eingebracht. Die Behandlung des Antrages wurde vom Parteivorstand abgelehnt. Der

Bundesgeschäftsführer begründete dies gegenüber der AG u. a. so: „Euer Antrag entwirft einen Diskussionsprozess, der über unterschiedliche Foren in einen großen, parteiweiten und öffentlichkeitswirksamen Diskussionsprozess – z. B. eine Konferenz, ein Parteitag – münden soll. Dies wurde von der Mehrheit des Parteivorstands als nicht praktikabel angesehen. Da euer Antrag dennoch bedenkenswerte Überlegungen beinhaltet, beschloss der Parteivorstand, dass auf einem der nächsten Parteitage ein Block zur Ökologie stattfinden wird. Hinzu kommt, dass der Parteivorstand in den nächsten sechs Monaten eine Debatte zu Fragen des sozial-ökologischen Umbaus durchführen will.“

Also abgelehnt, weil nicht praktikabel und einer der nächsten Parteitage wird sich damit beschäftigen. Dies brachte das Fass zum Überlaufen und Frank Thiel erklärte: „Also werde ich mich zurückziehen und dort aktiv sein, wo mein Beitrag wirklich gefragt ist. ... Der Parteivorstand zieht sich mit der Ablehnung von G23 aus seiner Verantwortung zurück. Nun, das können die Genossinnen und Genossen entscheiden. Allerdings bleibt dann von der gerade zur Zeit vielfach beschworenen These, dass ‚politische Veränderungen von unten wachsen müssen und nicht von oben herbeigeredet werden können‘, nicht mehr viel übrig.“ Frank hat uns den Wortlaut seines Schreibens an die BAG und den Landesvorstand DIE LINKE Sachsen-Anhalt für eine Veröffentlichung im Newsletter zur Verfügung gestellt (siehe Anlage).

Meldungen aus der Wirtschaft

Bürokratieabbau

In einer Kleinen Anfrage erkundigte sich Ende August die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen nach geplanten Maßnahmen der Bundesregierung zum Bürokratieabbau (Bürokratieentlastungsgesetz III)

<http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/19/039/1903986.pdf>.

Quelle: hib - heute im bundestag Nr. 643 vom 06.09.2018

Produktivitätsentwicklung

Die Entwicklung von Produktivität, Arbeit und Einkommen im Zeitalter der Digitalisierung steht im Mittelpunkt der Antwort auf eine Kleine Anfrage der Fraktion DIE LINKE. Darin listet die BReg auf mehr als 200 Seiten detailliert Daten zu Arbeitsproduktivität, Reallohnentwicklung und weiteren Faktoren im zeitlichen Verlauf

auf. Die Zeitreihen beginnen 1970 und schlüsseln das Zahlenmaterial sowohl nach Bundesländern als auch einzelnen Wirtschaftszweigen auf.

<http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/19/039/1903916.pdf>

Quelle: hib - heute im bundestag Nr. 633 vom 31.08.2018

Faires Steuersystem!? Man höre und staune!

Aus Sicht der Bundesregierung verfügt Deutschland *"über ein leistungsfähiges und faires Steuer-, Abgaben- und Transfersystem, das den sozialen Zusammenhalt stärkt und zugleich ausreichende Leistungsanreize sichert"*. Dies schreibt die Regierung in ihrer Antwort auf eine Kleine Anfrage der FDP-Fraktion. Weiter heißt es: *"Den Steuern und Abgaben stehen ein für ein hochentwickeltes Industrieland angemessenes Niveau an öffentlichen Leistungen und ein gut ausgebautes soziales Sicherungssystem gegenüber."*

Auf die Frage nach einer möglichen Änderung bei der Erhebung von Sozialbeiträgen kündigt die Bundesregierung einen Ausbau der bestehenden Beitragsentlastungen von Beschäftigten mit geringem Verdienst an. Profitieren sollen davon nicht allein Beschäftigte mit einem Verdienst zwischen 450 und 850 Euro, sondern bis zu 1.300 Euro monatlich. *"Damit wird sichergestellt, dass die verringerten Rentenbeiträge künftig nicht zu verringerten Rentenleistungen führen"*, erklärt die Bundesregierung.

<http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/19/040/1904074.pdf>

Quelle: hib - heute im bundestag Nr. 683 vom 20.09.2018

Eine ähnliche Lösung strebt das BMAS auch für die Pflichtversicherung der Selbständigen an. Aus dem Hause Spahn gibt es bisher dazu kein Signal für eine solche Regelung auch in der Kranken- und Pflegeversicherung.

Qualifizierungschancengesetz

So heißt das neue Werk aus dem BMAS, dessen Entwurf am 19. September von der BReg beschlossen wurde. Der Gesetzesentwurf sieht u. a. eine *„Weiterbildungsförderung für beschäftigte Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer ... unabhängig von Ausbildung, Lebensalter und Betriebsgröße“* vor.

Verpasst wurde aber die Chance, sich auch denen zuzuwenden, die als freie Lehrbeauftragte die Weiterbildung absichern müssen. Basishonorare (Mindesthonorare) und Beteiligung der Auftraggeber an der sozialen Absicherung wären wünschenswert – und das nicht für 8,84 € zzgl. 15%! (siehe oben den Beitrag „Mindesthonorar“). Dazu findet sich jedoch im Gesetzesentwurf kein Wort. Vielleicht

greift das Strucksche Gesetz - es geht kein Gesetz aus dem Bundestag so raus, wie es reingekommen ist. Die Arbeitsmarkt- und Bildungspolitiker im Deutschen Bundestag sind dazu aufgerufen.

<https://www.bmas.de/DE/Service/Gesetze/qualifizierungschancengesetz.html>

Veranstaltungen

03. – 07. Oktober 2018 XVI. **OWUS-Unternehmerfahrt** nach Bratislava
(Slowakei)

Links

OWUS auf  www.facebook.com/owus.dachverband

<https://oxiblog.de> Wirtschaft anders denken

<http://unternehmenhandeln.de/> (ehemals KMU gegen TTIP)

<http://mitmachihk.berlin/#ziele> für eine starke Opposition in der IHK Berlin

<https://www.ecogood.org/de/> Gemeinwohl-Ökonomie

<http://www.thinktank-linke-wirtschaftspolitik.berlin/> LAG Linke Wirtschaftspolitik Berlin

<https://die-zukunft.eu/> Plattform für Debatten über ein anderes Europa, eine neue EU

Unsere Geburtstagskinder für den Oktober 2018

Bernd Mewes Bernd	06.10.
Ingolf Schulz	07.10.
Klaus Eichler	11.10.
Wolfgang Ackermann	15.10.
Uwe Zimmermann	19.10.

Herzlichen Glückwunsch!!!!!!

Euer OWUS Vorstand

Der OWUS-Newsletter kann online über die Homepage www.OWUS.de abonniert bzw. direkt über newsletter@OWUS.de bestellt oder abbestellt werden.